

BULLETIN DER BUNDESREGIERUNG

Nr. 63-4 vom 23. Juni 2026

Rede des Bundesministers des Auswärtigen, Johann Wadehul,

bei der Sitzung des Ständigen Rates der Deutschen Bischofskonferenz
am 23. Juni 2026 in Berlin:

Im Jahr 2004 stand Wladimir Putin in Kyjiw und nannte das Höhlenkloster das „Symbol der geistlichen Einheit von Russland und der Ukraine“. Heute – gut 20 Jahre später – schickt eben dieser Mann Drohnenschwärme und ballistische Raketen, die genau dieses angebliche Symbol in der vergangenen Woche in Flammen aufgehen ließen. Was für ein grotesker Zynismus, der im Übrigen den ganzen Widerspruch der russischen Propaganda entlarvt: Wer behauptet, ein „Brudervolk“ zu „befreien“ oder zu „schützen“, der zerbombt nicht deren heiligste Stätten, ihr kulturelles Gedächtnis.

Wir sehen: Putins Vernichtungskrieg macht keinen Halt vor Gotteshäusern, dem Glauben, der Religion. Der Kreml will nichts weniger als die Auslöschung der ukrainischen Identität und Kultur. Das zeigen die brennenden Trümmer der Mariä-Entschlafens-Kathedrale in Kyjiw, aber auch die im Juli 2023 bombardierte Verklärungskathedrale in Odessa. Ich habe das selber gesehen. Das zeigen – neben bombardierten Museen, Theatern und anderen Kunststätten – ganz deutlich die zahlreichen zerstörten und beschädigten Kirchen und Kathedralen, aber auch Moscheen und Synagogen in der von Russland überfallenen Ukraine.

Und gerade, weil uns diese Bilder vor Augen führen, worum es wirklich geht – dass Putin mehr im Sinn hat als einen Krieg um Territorium, nämlich einen Krieg gegen die ukrainische Identität, Freiheit und Würde –, gilt umso mehr: Dieser Angriffskrieg wird unsere unerschütterliche Unterstützung für die Freiheit und Souveränität der Ukraine nur noch verstärken.

Sie, lieber Prälat Jüsten, haben es selbst beim ökumenischen Friedensgebet zum vierten Jahrestag der russischen Invasion – da haben wir uns ja auch gesehen – gesagt: Die Ukraine verteidigt ihre Freiheit, aber natürlich auch unsere Freiheit. Sie haben dann auch, völlig richtig, davon gesprochen, dass viele in Deutschland diesen Zusammenhang nach wie vor nicht wahrhaben wollen, weil nämlich falsche Propheten versuchen, die Friedenssehnsucht vieler in Deutschland niederträchtig zu ihren Gunsten auszunutzen. Diese falschen Propheten suggerieren uns, wir müssten nur die Waffen schweigen lassen, das Gespräch beginnen – und der Friede käme fast wie von selbst.

Nun ist es für mich als Außenminister Teil meiner Jobbeschreibung, diplomatische Wege auszuloten. Und Prälat Jüsten, als Sie mich und mein Team in den Dienst entsandten, haben Sie uns den Friedensauftrag ja ausdrücklich mit Ihrem geistlichen Wort mitgegeben: „Friede sei mit Dir, das Wort Jesu“, das zwei Mal vorkam. Also, wir haben diese Wege auszuloten, und das tun wir alle.

Russland, so viel ist in den letzten Monaten klar geworden, kann seinen Angriffskrieg militärisch nicht gewinnen. Genau aus diesem Grund entsteht zurzeit an vielen Orten eine neue Dynamik, Hoffnung darauf, dass ein Weg zu Verhandlungen sich öffnen könnte.

Doch der Einzige, der bisher bedauerlicherweise keinerlei ernst zu nehmende Anstalten macht, die Waffen schweigen lassen zu wollen, der sitzt nach wie vor im Kreml. Vier lange Winter hat er systematisch die zivile Energie- und Wärmeinfrastruktur bombardiert. Es ist ihm nicht gelungen, den Verteidigungswillen der Ukrainerinnen und Ukrainer durch Kälte und Dunkelheit zu brechen. Nun versucht er es, indem er Drohnen auf ihre Klöster schickt. Von dieser Resilienz können wir noch viel lernen.

Als Außenminister sage ich Ihnen deswegen auch: Diplomatie braucht ein Fundament der Stärke. Wir verhandeln nicht in irgendeinem luftleeren Raum der Illusionen, sondern auf dem Boden der Realität. Und für die Ukraine haben wir da sehr reale, sehr klare Leitlinien:

Wir brauchen einen sofortigen Waffenstillstand. Der ist die Grundlage für jedwede Verhandlung. Der aktuelle Frontverlauf muss Ausgangspunkt jeder Verhandlung sein. Wir brauchen Sicherheitsgarantien für die Ukraine, und die müssen belastbar und rechtsicher sein. Europäische und transatlantische Sicherheitsinteressen müssen konsequent berücksichtigt werden.

Aber die Voraussetzung für das alles ist, dass Russland ernsthaftes Interesse an einer diplomatischen Lösung zeigt. Das ist nicht der Fall. Und solange das so ist, werden wir uns auch dafür einsetzen, den Druck auf Russland weiter zu erhöhen, zum Beispiel mit einem für den Kreml schmerzhaften 21. Sanktionspaket und indem wir im Kreis der Europäischen Union (EU) unsere Wirtschaftssanktionen gegen Russland nun erstmals nicht nur um sechs, sondern um zwölf Monate verlängert haben. Auch beim G7-Gipfel in Évian in der vergangenen Woche ist es gelungen, noch einmal ein klares Zeichen in Richtung Kreml zu senden.

Aber bei der Unterstützung für die Ukraine geht es um mehr als militärische und wirtschaftliche Hilfen. Es geht auch um die Verortung der politischen Zukunft des Landes. Unser Ziel ist klar: Wir wollen das Land auf dem Weg in die europäische Familie begleiten. Und auf diesem Weg machen wir gute Fortschritte. Vor gut einer Woche war ich in Luxemburg und habe mich dort mit den EU-Außenministerinnen und Außenminister getroffen. Dort ist uns ein Durchbruch gelungen: Endlich haben wir im EU-Mitgliedskreis einstimmig beschlossen, für die Ukraine und Moldau das erste EU-Beitrittskapitel zu öffnen. Damit untermauern wir unsere Solidarität einmal mehr.

Wir als deutsche Regierung unterstützen sehr, dass das jetzt zügig vorangeht. Man muss natürlich immer dazu sagen: Dieser Prozess ist keine Einbahnstraße. Und dazu gehört auch, dass die Beitrittskandidaten mit ihren Reformen weiterkommen.

Unser Engagement für die Ukraine ist damit zweigeteilt: Wir unterstützen durch militärische, humanitäre und wirtschaftliche Hilfen und durch das Öffnen politischer Perspektiven – Perspektiven, die sich vor dem russischen Angriff so noch nicht abgezeichnet haben. Das zeigt vielleicht auch das Ausmaß der strategischen Fehlkalkulation Putins.

Deutschland übernimmt in dieser Lage zentral Verantwortung und geht in Europa voran. Das tun wir aber auch an anderer Stelle, denn die russische Aggression ist ja nicht unser einziges Krisenherd-Thema. Spätestens, wenn wir den Blick nach Süden und Osten richten, sehen wir, wie eng die Krisen unserer Welt miteinander verzahnt sind:

Jetzt zeichnet sich nach der jüngsten Annäherung zwischen den USA und dem Iran ein Hoffnungsschimmer am Golf ab. Auch hier stehen wir als Bundesregierung, aber natürlich auch gemeinsam mit unseren europäischen Freunden und Partnern bereit, uns einzubringen und international Verantwortung zu übernehmen. Denn Auswirkungen der Blockade spüren wir bereits weltweit in der Wirtschaft; das ist ja, glaube ich, allen klar. Spätestens wenn die Bürgerinnen und Bürger zur Tankstelle fahren, spüren sie das unmittelbar. Ich will aber noch andere Beispiele nennen.

In Asien fehlen durch die Blockade die Düngemittel, die Reisernten fallen dort geringer aus. Diese Verknappung führt dazu, dass Essen deutlich teurer wird, Familien hungern. Die Blockade hat aber auch Auswirkungen auf Hilfslieferungen – nicht nur, weil die humanitären Organisationen selbst zu höheren Preisen auf dem Weltmarkt einkaufen müssen, sondern auch, weil die gestiegenen Preise für Treibstoff ihre ohnehin zuletzt gesunkenen Budgets weiter beschneiden.

So droht, dass Hilfslieferungen teilweise nicht mehr ihren Weg an die Orte finden, wo sie dringend benötigt werden – zum Beispiel in den Sudan, wo vor unseren Augen die größte humanitäre Katastrophe unserer Zeit stattfindet, wo eine mittellose Millionenbevölkerung zwischen die Fronten zweier verfeindeter Warlords und ihrer internationalen Sponsoren gerät.

Nun haben in der Straße von Hormus beide Seiten erklärt, dass der Schiffverkehr wieder laufen solle. Bis das aber der Fall ist und sich dies auf den angespannten Lebensmittel- und Energiemärkten der Welt bemerkbar macht, dürfte es noch einige Wochen und vielleicht Monate dauern.

Meine Damen und Herren, ob wir über die Freiheit in der Ukraine reden, den Schutz der Schifffahrtswege an der Straße von Hormus oder das Leid im Sudan, eines wird

sehr deutlich: Appelle allein und noch ein bisschen guter Wille reichen nicht aus. Wir müssen handeln – als Deutschland, als Europa!

Wir bewegen uns in einer Welt, die sich tiefgreifend wandelt. Die globale Tektonik der Macht verschiebt sich so schnell wie seit Generationen nicht. Deutschlands Wohlstand und auch Deutschlands Wertekompass waren über Jahre ohne die USA nicht denkbar. Und heute stellen wir fest: Das transatlantische Verhältnis ist heute ein anderes als noch vor 15 Jahren.

Aber wir dürfen die Augen nicht vor den Tatsachen verschließen. Als Realist schaue ich auf die Welt, wie sie ist, und nicht, wie ich sie gerne hätte. Zum transatlantischen Verhältnis kann ich deswegen Folgendes sagen: Europa kann heute nicht mehr davon ausgehen, dass die USA einen Blankoscheck für unsere Sicherheit ausstellen. Wir haben das lange Jahre erwartet und es uns in dieser Erwartungshaltung auch ein bisschen zu bequem gemacht, wahrscheinlich zu bequem.

Und jetzt haben wir Entscheidungen getroffen, die vielleicht nicht sofort populär sind, aber notwendig. Als ich vor einem knappen Jahr gesagt habe, wir brauchen fünf Prozent unserer Wirtschaftsleistung für Verteidigung, da gab es auch hier Kritik. Das ist heute glücklicherweise das erklärte Ziel aller Nato-Alliierten.

Ich habe jetzt ein hoffentlich nicht zu düsteres Bild unserer Welt gezeichnet, wie sie mir als Außenminister täglich begegnet. Aber ich bin davon überzeugt – ich habe das eben ja schon einmal gesagt –, dass wir die Welt realistisch betrachten müssen und politische Stärke allein nicht reichen wird, denn jede dauerhafte Friedensordnung braucht mehr als Macht und Abschreckung.

Wenn wir es mit nihilistischem Vernichtungswillen zu tun haben, aber auch mit einer rapiden technologischen Revolution, die unser menschliches Zusammenleben radikal verändern wird, dann brauchen wir mehr als die Mittel des Staates. Dann brauchen wir auch ein ethisches Fundament.

Die katholische Kirche ist eine Weltkirche. Ihre moralische Stimme reicht weit über Ländergrenzen hinaus und tief in Gesellschaften hinein. Sie verfügen über Netzwerke und Kanäle, die keinem Ministerium offenstehen. Ich darf Sie herzlich bitten: Nutzen Sie diese weiterhin!

Sie können Antworten geben auf Menschheitsfragen, die in der ganzen Welt wiederholen. Papst Leo XIV. hat dies jüngst getan in seiner Enzyklika zum Thema künstliche Intelligenz (KI) – in der er diejenigen zur Verantwortung mahnt, die die modernen Modelle entwickeln; sie daran erinnert, dass sie Macht in den Händen halten, dass ihre Technologie nicht neutral ist; in der er vor der Entmenschlichung der Kriegsführung warnt. Und die vor allem ein leidenschaftliches Plädoyer ist für das, was KI – in den Worten des Papstes – imitieren und simulieren, aber niemals verstehen wird: Freude und Schmerz, Liebe, Arbeit, Freundschaft und Verantwortung.

Friede auf Erden wächst nicht daraus, die Verantwortung für unser menschliches Zusammenleben blind einer neuen Technologie zu übertragen. Und echter Friede wächst nicht aus der Kapitulation vor einem Aggressor, dem nichts heilig ist. Er wächst nur aus Gerechtigkeit und dem bedingungslosen Schutze der menschlichen Würde. Dafür braucht es Staaten, die handeln, aber auch Menschen und Institutionen, ja, Kirchen, die Orientierung geben.

Ich danke Ihnen.

* * * * *